

KURZ NOTIERT

von Lisa Hesse

Die Autorin hat humanitäre Hilfe an der Ruhr-Universität Bochum, internationales Recht in Australien studiert und ist Mitglied der Südostasien Informationsstelle.

Petition gegen Megaprojekt

Trotz zahlreicher Proteste von Umwelt- und MenschenrechtsaktivistInnen wird das von der Regierung geplante Megaprojekt zur Flutprävention und Dürre-linderung oberhalb Bangkoks fortgesetzt und geht in die nächste Runde. Seit dem 3.5.2013 können Firmen über ein öffentliches Ausschreibungsverfahren ihre Angebote einreichen, um an dem Bau von Staudämmen und Hochwasserschutzkanälen mitzuwirken. Ende April 2013 wurde eine Petition von Seiten des Präsidenten des Vereins *Stop*

Global Warming Thailand beim thailändischen Verwaltungsgericht eingereicht, um die geplante Umsetzung des Projektes zu verhindern. Grund für diesen rechtlichen Schritt ist laut Angaben von AktivistInnen die fehlende Einbeziehung der lokalen Bevölkerung sowie das Nichtvorhandensein von Gutachten über die Auswirkungen des Projektes auf die Umwelt. Das Megaprojekt könnte ansässige Bewohner, beispielsweise in Form von Landenteignungen, massiv beeinflussen. Aus sicherheitstechnischen Grün-

den könnte ein ausführliches Gutachten über mögliche Standorte und Umwelteinflüsse noch vor der Abgabe der Firmenangebote durchgeführt werden, da eine Flut mit den Ausmaßen von 2011 für die kommenden Jahre nach Angaben von Wissenschaftlern unwahrscheinlich ist. Nach derzeitigem Plan der Regierung sollen Gutachten jedoch erst dann angefertigt werden, wenn die ausgewählten Firmen die Flutpräventionsstandorte bestimmt haben.

Bangkok Post, 1.5.2013

Feuer in Flüchtlingslager

Bei einem Feuer im *Mae Surin* Flüchtlingslager in der Provinz Mae Hong Son Ende März sind mindestens 37 burmesische Flüchtlinge ums Leben gekommen und Hunderte verletzt worden. Mehr als 400 Häuser wurden durch das Feuer zerstört und über 2.000 Flüchtlinge obdachlos. Das Feuer ist nach Angaben von Regierungssprechern durch offene Koch- und Feuerstellen ausgebrochen und hat sich rasch in dem dicht besiedelten Camp ausgebreitet. Das Camp wurde bereits 1992

errichtet und beherbergt hauptsächlich politische Flüchtlinge aus der burmesischen Provinz Karen. Auch wenn die thailändische Regierung den Flüchtlingen Asyl gewährt, wurde nach dem verheerenden Brand Kritik laut, dass die Flüchtlinge ihre Häuser mit Materialien bauen müssen, die suggerieren, dass es sich nicht um permanente Bauten handelt. Somit bestehen die meisten Behausungen aus Bambus und anderen Naturmaterialien, die leicht entflammbar sind. Zudem liegen die Camps größtenteils in

abgelegenen Regionen, so dass die Feuerwehr nicht schnell genug anrücken kann. In der Vergangenheit waren immer wieder Brände in Flüchtlingslagern aus diesen Gründen ausgebrochen. Nach dem Brand sprachen Vertreter des *Thai Border Consortiums* erneut mit Vertretern des Innenministeriums, um die Richtlinien für Baumaterialien innerhalb der Camps zu lockern. Die Provinzregierung in Mae Hong Son äußerte sich positiv, ein finales Ergebnis wird noch erwartet.

AlertNet, 2.4.2013

Freedom House stuft Thailand herab

Für das Jahr 2012 hat das *Freedom House* Thailands Pressefreiheit gegenüber dem Vorjahr von »teilweise frei« auf »nicht frei« herabgestuft. Auslöser hierfür sind die vermehrt angewandten Internet-Gesetze und das *Lese Majeste*-Gesetz. Die aggressive Umsetzung von Artikel 112 des Strafgesetzbuches, der es verbietet, sich kritisch gegenüber dem Königshaus zu äußern und die *Webhosts*

für die Inhalte ihrer Besucher strafbar macht, führte dazu, dass Thailand als einziges asiatisch-pazifisches Land einen Statuswechsel erfahren hat. Die strengen Internetgesetze werden von den Beobachtern des *Freedom Houses* in Anbetracht der immer transnationalen werdenden Medienlandschaft kritisch gesehen, da auch die Verfolgung von Server- und Websitebetreibern

schwieriger wird. Die Arbeit von Journalisten wird durch beide Gesetze stark eingeschränkt. Zudem wird kritisiert, dass sich die thailändische Regierung nicht mit den Ausmaßen der Umsetzung des *Lese Majeste*-Gesetzes auseinandersetzt, und thailändische Gerichte gleichzeitig unverhältnismäßig hohe Strafen verhängen.

Prachatai Online 3.5.2013

Asia News Network Online 3.5.2013